N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 28. Oktober 2011, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stötzel, Vaupel
GRÜNE:	Busch, Dorn, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Schäfer, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies, Wüst
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
PIRATEN	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Stadtverordnete Hussein, Seelig (SPD), Range und Stompfe (CDU), Dr. Baumann (B90/Die Grünen), Stadträtin Laßmann, Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek und Stadtrat Sprywald.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:06 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Besonders begrüßt wird der neue Stadtverordnete **August Scherer (CDU)**, der für die ausgeschiedene Stadtverordnete Dr. Claudia Röder in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist.
Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht für die kommende Zeit eine gute Zusammenarbeit.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. September 2011 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Haus werden nicht vorgetragen.
Somit ist das Protokoll in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert die Stadtverordneten - versammlung, dass die CDU-Fraktion die Wiedereinsetzung des Akteneinsichtsausschusses Beihilfe gem. §50 Ziff. 2 HGO beantragt hat.
In der gestrigen Sitzung des Ältestenrats wurde vereinbart, wie in der vergangenen Legislaturperiode, erneut den Haupt- und Finanzausschuss mit der Aufgabe des Akteneinsichtsausschusses zu beauftragen.
Der Ausschuss wird diesem Zweck auf 17 Mitglieder aufgestockt.
Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung werden gebeten, neben den regulären Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses die neuen Mitglieder zu benennen, damit für die konstituierende Sitzung am 22. November um 16:30 Uhr im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50 - vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses - eingeladen werden kann.

Gegen diese Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Widerspruch vorgetragen. Folglich gilt dies so als vereinbart.

Für die heutige Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung liegt ein dringlicher **Antrag der MBL-Fraktion betr. Gewinnausschüttung der Stadtwerke VO/0693/2011** vor.

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Becker (MBL). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung wird jedoch das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Quorum des Hauses nicht erreicht. Folglich kann der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Sonstige Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt zu den einzelnen Vorlagen die angemeldeten Aussprachen und Vertagungswünsche bekannt.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 14.3 in den Sozialausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Dagegen wird nicht gesprochen. Folglich gilt dies so als vereinbart.

Der Stadtverordnete Stötzel (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 14.13 an den Ortsbeirat Wehrda zur weiteren Beratung und Stellungsnahme zu überweisen. Auch dagegen wird kein Widerspruch vorgetragen. Folglich wird wie gewünscht verfahren.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 14.8 zu vertagen, weil der Magistrat in dieser Angelegenheit eine Beschlussvorlage vorbereitet. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Zur Sache spricht für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertragung des Tagesordnungspunktes 14.8 abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit großer Mehrheit den Beschluss:

Der TOP 14.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Germanenplatz-Bebauung VO/0548/2011 wird vertagt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr. 1 10/2011)
Vorlage: VO/0679/2011

Sieht der Magistrat die Möglichkeit dem unzutreffenden Vorurteil, in Marburg gingen die Uhren langsamer oder hier sei gar die Zeit stehen geblieben, dadurch entgegenzutreten, dass er sich mit den jeweiligen Eigentümern der an markanten Stellen angebrachten Uhren (z.B. Bahnhofstraße, Wettergasse) ins Benehmen setzt - möglicherweise auch mit Unterstützung der jeweiligen Werbekreise - mit dem Ziel, diese den Halbjahreszeiten anzupassen bzw. überhaupt wieder in Gang zu setzen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat ist mit dem Fragesteller der Ansicht, dass weder die Uhren in Marburg langsamer gehen noch gar die Zeit stehen geblieben ist. Möglicherweise gibt es aber in Marburg viele Menschen, die nicht gleich ticken. Nicht zuletzt dieses macht die Vielfalt unserer Stadt aus.

Darauf Einfluss zu nehmen ist der Magistrat weder willens noch in der Lage, ebensowenig wie auf den gleichmäßigen Gang aller privaten Uhren zu achten. Für Uhren an öffentlichen Gebäuden oder freistehende öffentliche Uhren gilt natürlich, dass sie immer die aktuelle Zeit anzeigen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) und Hesse (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 2 10/2011)
Vorlage: VO/0680/2011

Auf einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist die Universitätsstadt Marburg im letzten Jahr dem Städtebündnis „Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" beigetreten. Zu den Aktionen dieses Städtebündnisses gehört die grüne Anstrahlung eines öffentlichen Gebäudes zum 30. November eines jeden Jahres. Leider ist die Anstrahlung des Marburger Rathauses im letzten Jahr nicht erfolgt. Welche Vorkehrungen hat der Magistrat getroffen, damit an diesem 30. November das Rathaus angestrahlt und die

Öffentlichkeit über die Hintergründe dieser Maßnahme informiert wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Universitätsstadt Marburg hat der Gemeinschaft St. Egidio / Herrn Dr. Matthias Leinweber in Würzburg mit Schreiben vom 19.07.2011 zugesagt wie auch im vergangenen Jahr am 30. November 2011 im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Städtebündnis „ Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" mit einer grünen Anstrahlung des Rathauses ein öffentlich sichtbares Zeichen des Engagements gegen die Todesstrafe zu setzen.
Auch im vergangenen Jahr war die Anstrahlung des Rathauses vorbereitet worden. Wegen eines technischen Defekts kam der Scheinwerfer aber nicht zum Einsatz.
In Beantwortung einer kleinen Anfrage vom 06.12.2010 der Fraktion der Marburger Linken hat der Magistrat sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht.

Für dieses Jahr wurden vom Hausmeister des Rathauses mit der Firma Flashlight die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen, damit eine Anstrahlung am 30.11.2011 problemlos erfolgen wird. Zum Hintergrund der Anstrahlung des Rathauses an diesem Tag wird vom FD 10.4 eine entsprechende Pressenotiz gefertigt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 10/2011)
Vorlage: VO/0698/2011

Kann der Magistrat dem Stadtparlament den aktuellen Stand der Sanierungspläne für die „Alte Schule" Ockershausen vorlegen und dabei eine Einschätzung zur Praktikabilität der vom Denkmalschutz vorgeschlagenen Lösung für den notwendigen barrierefreien Zugang des Gebäudes abgeben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Hinsichtlich der behindertengerechten Erschließung wirken sich die topographischen Randbedingungen sowohl der öffentlichen Verkehrsflächen als auch des Grundstückes an sich hinderlich aus.
Nach Untersuchung diverser Standorte wurde ein Außenaufzug im rückwärtigen Bereich des Bürgerhauses angeordnet. Ein Behinderten-Stellplatz könnte ggf. an der Ecke Stiftstraße - Ockershäuser Schulgasse ausgewiesen werden. Um den barrierefreien Zugang zu erreichen, muss die Schulgasse ca. 30m bis zum Hof befahren werden.
Nur durch den Zugang von der Stiftstraße kann der ca. 2,5m über

Straßenniveau liegende Vorplatz (ehem. Schulhof) umgangen werden. Der Vorplatz ist für nicht motorisierte Rollstuhlfahrer aufgrund einer Rampenneigung von ca. 18% auch mit Begleitperson kaum zu erreichen und zudem nur mit einer begrenzten Anzahl an Behindertenstellplätze auszustatten.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sell (SPD) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 4 10/2011)
Vorlage: VO/0681/2011

Das „Solarkataster" der Stadt Marburg ist inzwischen schon eine Weile online. Wieviele Zugriffe wurden bislang registriert und gibt es Erkenntnisse darüber, ob dieser kostenlose Service der Stadt zu einer erhöhten Bereitschaft solarer Nachrüstung privater Hauseigentümer (-gemeinschaften) geführt hat?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Internet-Startseite zum Solarkataster - <http://www.marburg.de/de/101669> - wurde Anfang 2011 online gestellt. Seitdem wurde diese Seite insgesamt 12.777 Mal aufgerufen (Stand: 12.10.2011).

Januar:	494	(Start ab Ende Januar)
Februar:	2.880	(offizielle Vorstellung)
März:	1.699	
April	1.290	
Mai:	1.209	
Juni:	1.056	
Juli:	1.165	
August:	1.339	
September:	1.216	
Oktober (bis 12.10.)	429	
Summe (bis 12.10.2011)	12.777	

Ob und wenn welche Auswirkungen das Solarkataster auf die Investitionen in Solarenergie von Hausbesitzern in Marburg hat, kann aus den Daten zu den Seitenaufrufen nicht abgeleitet werden. Es zeigt aber das große auch anhaltende Interesse.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 5 10/2011)
Vorlage: VO/0706/2011

Können die Treppenstufen vom Ortenbergsteg zu den Bahngleisen aus Sicherheitsgründen farblich kenntlich gemacht werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Dies ist grundsätzlich möglich. Es wird veranlasst, dass die jeweils erste und letzte Stufe an den Podesten mit gelber Farbe markiert werden.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 6 10/2011)
Vorlage: VO/0682/2011

Wie werden die ehemaligen Bundeswehrhallen im Bereich Neuhöfe zurzeit genutzt und wie ist der Stand der baulichen Absicherung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach Aufgabe des militärischen Standortes durch die Bundeswehr wurden die Hallen und die Grundstücksfreiflächen an mehrere Eigentümer veräußert. Diese stellten anschließend Bauanträge für geänderte Nutzungen der Gebäude.
Nach der Prüfung der Anträge wurden in den westlich gelegenen Hallen ein Polizeisportmuseum und in den verbleibenden Gebäuden gewerbliche Lagerflächen genehmigt.
Bei einer Ortsbesichtigung durch den Fachdienst Bauaufsicht konnte keine Abweichung von der genehmigten Nutzung der Gebäude festgestellt werden.
Auf einem geringen Teil der Freiflächen des Areals wurde eine Fertigteilgarage errichtet und es werden dort einige stillgelegte Autos unzulässig gelagert. Der Fachdienst Bauaufsicht wird die Angelegenheit verfolgen.
Das Grundstück ist mit einem ca. 2,00 m hohen Maschendrahtzaun umwehrt. Der Zaun stammt offensichtlich noch aus der Zeit der militärischen Nutzung und hat als oberen Abschluss eine Stacheldrahtabsicherung. In Teilbereichen wurde dieser Zaun durch einen Metallgitterzaun gleicher Höhe ersetzt, der ebenfalls nicht ohne Weiteres überstiegen werden kann.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 7 10/2011)
Vorlage: VO/0699/2011

Der Magistrat wird gebeten, darüber Auskunft zu geben, wie viel Prozent der geeigneten Dachflächen im Besitz der Stadt Marburg mit

Photovoltaik-Anlagen versehen sind.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In 39 städtischen Liegenschaften sind PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1.200 kWp installiert.

Davon werden 895 kWp durch die GeWoBau betrieben, alle anderen Anlagen durch Sonneninitiative e.V. und Stadtwerke Marburg. Die mit PV-Modulen belegte Dachfläche beträgt ca. 9.000 m2 (eine Fußballfeldgröße beträgt zwischen 6.400 und 8.250 m2).

Die Eignung einer Dachfläche ist abhängig von:
- Größe der Dachfläche
- deren Ausrichtung
- Beschattung
- Statik
- Zustand der Dachhaut
- Baurechtlichen Anforderungen (z.B. Denkmalschutz)

Die derzeit geeigneten Dachflächen sind weitestgehend durch PV-Anlagen genutzt. Sobald sich die o.g. Bedingungen an Gebäuden ändern (z-B. durch Dachsanierungen), wird die Eignung erneut geprüft.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 8 10/2011)
Vorlage: VO/0683/2011

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wie sich der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter die letzten Jahre in Marburg (je für Kernstadt und Stadtteile) entwickelt hat.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Wohnungsmiete pro Quadratmeter hat sich für Marburg insgesamt wie folgt entwickelt:

<u>Neubauwohnungen</u>

2006	7,00 €/qm
2010	7,70 €/qm (+ 10,0 %)

<u>Wiedervermietung</u>

2006 6,00 €/qm
2010 6,60 €/qm (+ 10,0 %)

Eine Unterteilung von Kernstadt und Außenstadtteilen ist nicht verfügbar.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dehmel (SPD), Köster (Marburger Linke) und Schalauske (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Zusatzinformation nach der Sitzung:

Die Daten werden im Rahmen eines bundesweiten immobilienwirtschaftlichen Informationssystems erhoben, aus dem uns die Daten für Marburg zur Verfügung gestellt werden. Dabei handelt es sich um pauschale Angaben und Durchschnittswerte über alle Wohnungen am jeweiligen örtlichen Markt ausschließlich unterteilt nach Neubau und Wiedervermietung. Eine weitere Differenzierung liegt nicht vor. Die Zahlen werden jährlich erhoben, so dass sich neben den genannten Zahlen von 2005 und 2010 noch folgender Verlauf zeigt (in €/qm):

	2005	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**05-10 in%**
Neubau	7,00	7,00	7,30	7,50	7,50	7,70	10,0
Wieder-Vermietung	6,00	6,00	6,20	6,40	6,50	6,60	10.0

Auf die nur beschränkte Aussagekraft von Durchschnittswerten wird hingewiesen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 9 10/2011)
Vorlage: VO/0684/2011

Am 09.02.2011 fand das letzte Bürgerforum zum Thema „Allianzhaus" statt. Seit diesem Zeitpunkt gab es keine weiteren offiziellen Informationen über die Weiterführung der Planungen für dieses Projekt. Der Termin für die Eröffnung im Herbst 2013 scheint nicht mehr realisierbar zu sein. Eine Bauvoranfrage wurde meines Wissens bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gestellt.
Welche neuen Informationen liegen der Stadt vor, die für die weiteren Planungen berücksichtigt werden müssen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Projektentwicklung für ein neues Einkaufscenter mit einer max. Verkaufsfläche von 12.000 qm an Stelle des Allianzhauses läuft weiter.

Jedoch hat sich hinsichtlich der Unterbringung des FB Rechtswissenschaften zusätzlicher Klärungsbedarf ergeben. Die Abarbeitung dieser Fragestellungen ist noch nicht abgeschlossen.

Ein fixes Fertigstellungsdatum wie der in der Frage erwähnte Herbst 2013 war im übrigen nie festgelegt worden, da bei derartigen Großprojekten immer unerwartete Probleme auftauchen können. Gleichwohl strebt der Magistrat zur Reduzierung der in der Einzelhandelsstudie festgestellten erheblichen Kaufkraftabflüsse nach Gießen und Frankfurt a. M. weiterhin eine möglichst baldige Umsetzung des Projektes an.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Suntheim-Pichler (BfM) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 10 10/2011)
Vorlage: VO/0685/2011

Wie viele Marburger Schulen verfügen über einen kostenlosen Trinkwasserspender? Gibt es Bestrebungen den Anteil dieser gesunden Alternative zu den kostenpflichtigen Süßgetränkeautomaten an den Marburger Schulen zu erhöhen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Es gibt derzeit an 20 städtischen Schulen einen Trinkbrunnen. An einer weiteren Schule ist noch in diesem Jahr der Einbau vorgesehen.

Die sechs anderen Schulen wollten überwiegend keinen Trinkbrunnen haben bzw. es wurde bisher kein angemessener Standort gefunden.

Für die Aufstellung von Süßgetränkeautomaten wird keine Aufstellungsgenehmigung vom Fachdienst Schule erteilt. Ausnahmen sind hier ausschließlich drei berufliche Schulen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch die Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 11

10/2011)
Vorlage: VO/0686/2011

Da die Fragestellerin Stadtverordnete Lotz-Halilovic nicht im Raum befindet, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Wie viele öffentliche Toiletten gibt es in der Universitätsstadt Marburg? Wo und wie viele Hinweisschilder sind - insbesondere in der Oberstadt auch für Ortsunkundige/Touristen erkennbar - vorhanden?
Zu 1.:
Zurzeit gibt es 13 öffentliche Toilettenanlagen innerhalb der Universitätsstadt Marburg.

Die nachfolgend aufgeführten Toilettenanlagen stehen zur Verfügung:

- Am Markt
- Am Südbahnhof
- Am Wilhelmsplatz
- An der Elisabethkirche
- An der Stadthalle (Savignystraße)
- Auf dem Wehr (Bazillensteg)
- Am Teich (Stadtteil Cappel)
- Am Friedhof Ockershausen
- Am Hauptfriedhof (Hohe Leuchte)
- Im Schlosspark
- Im Schülerpark
- Am Pilgrimstein 28 a (Oberstadtaufzug)
- In der Willy-Mock-Straße

Zu 2.:
Am Markt - 5 Hinweisschilder
Pilgrimstein 28a - 5 Hinweisschilder
Elisabethkirche - 3 Hinweisschilder
Lahnterrassen - 3 Hinweisschilder

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 12 10/2011)
Vorlage: VO/0687/2011

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum der geplante und angekündigte Durchgang vom unteren Steinweg zum Pilgrimstein in Höhe der alten Frauenklinik bis heute nicht realisiert wurde und für wann dies vorgesehen ist?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das unbebaute Grundstück „Steinweg 21"wurde im Januar 2009 zur Neubebauung und Herstellung einer öffentlichen Durchwegung zwischen Steinweg und Pilgrimstein an die BG-Haus veräußert.

Der Erwerber verpflichtete sich, das Grundstück in zwei Bauabschnitten entsprechend der Entwurfsplanung des Architekten Bernd Brust zunächst am Steinweg mit einem Torhaus (Wohnhaus mit Passage) und anschließend mit einem eigenständigen Gebäude am Pilgrimstein („Campuscafé" mit Freisitz) mit offener Durchwegung zum Pilgrimstein zu bebauen.

Der erste Bauabschnitt, das Torhaus als Wohnhaus am Steinweg mit Passage, ist seit 2010 errichtet und bezogen worden. Für den zweiten Bauabschnitt (Campuscafé und Durchwegung) wurde der Bauantrag im September 2010 durch die BG-Haus eingereicht. Einsprüche der angrenzenden Nachbarn führten jedoch dazu, dass sich das Campuscafé mit der offenen Durchwegung nicht in der geplanten Form realisieren ließ. Um die Herstellung des öffentlichen Durchgangs dennoch zu ermöglichen, hat sich die BG-Haus auf Initiative des Sanierungsbüros schließlich bereit erklärt, auf die Bebauung am Pilgrimstein zu verzichten. Der untere Grundstücksbereich zum Pilgrimstein hin soll an die Stadt zurück gegeben und der öffentliche Durchgang ohne das Gebäude am Pilgrimstein realisiert werden.

Für die Rückübertragung des unteren Grundstücksbereichs ist die Teilung des Grundstücks notwendig. Zwischen der BG-Haus und der Käuferin des Torhauses Steinweg 21 konnte nach mehrfachen Verhandlungen im August diesen Jahres schließlich Einigkeit über die konkrete Lage der zukünftigen Grundstücksgrenze erzielt werden. Am 06.09.2011 wurde der Vermessungsauftrag an das Büro Bartsch vergeben. Ein Vertragsentwurf für die Rückübertragung der Teilfläche wurde ebenfalls im September vom beauftragten Notar Ernst Martin an die BG-Haus geschickt. Sobald die Rückübertragung abgeschlossen und die Verfügbarkeit des Grundstücks gegeben ist, kann die Maßnahme umgesetzt werden (d.h. Anpassung der Freiflächenplanung, Ausschreibung und Durchführung).

---

zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 13 10/2011)
Vorlage: VO/0688/2011

Ist es möglich, die Straßenschilder 1) „Durchfahrt verboten/Fahrrad frei" am Kerner und das „Durchfahrt verboten" Schild an der Mauer Heumarkt/Hofstatt neben dem Brunnen abzubauen, da an beiden Stellen ohnehin Absperrpfosten die Durchfahrt unterbinden und die Schilder das Stadtbild beinträchtigen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Straßenverkehrsbehörde ist allgemein und besonders im Bereich der Oberstadt bestrebt, so wenig Verkehrszeichen wie möglich aufzustellen.

Die Durchfahrt an beiden Stellen ist durch die genannte Beschilderung verboten. Die herausnehmbaren Pfosten unterstützen diese Regelung. Die Pfosten wären ohne die Verkehrszeichen sogenannte Hindernisse auf der Fahrbahn.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Volz (Nr. 14 10/2011)
Vorlage: VO/0689/2011

Die Straße „Am Erlengraben" ist auf einer Länge von ca. 240 m der insgesamt ca. 280 m durch das Verkehrszeichen 325 als „Verkehrsberuhigter Bereich" ausgewiesen. Auch an den südöstlichen 40 m wohnen Kinder, die durch ein schnelles Einfahren von Fahrzeugen in die Straße gefährdet werden können. Ist es möglich (evtl. durch einfaches Versetzen des vorhandenen Verkehrszeichens) auch die fehlenden 40 m und damit die Straße „Am Erlengraben" in ihrer Gesamtheit als „Verkehrsberuhigten Beriech" auszuweisen? Ist es fernen möglich, den zusätzlichen Hinweis „Schrittgeschwindigkeit" unter dem Zeichen 325 anzubringen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Kennzeichnung von verkehrsberuhigten Bereichen setzt nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) voraus, dass die erfassten Straßen den Eindruck vermitteln, dass die Aufenthaltsfunktion überwiegt und der Fahrzeugverkehr hier eine untergeordnete Bedeutung hat. Die bauliche Gestaltung der Straße soll sich deutlich von den angrenzenden Straßen unterscheiden. In der Regel ist ein niveaugleicher Ausbau erforderlich.

Im südöstlichen Teil der Straße Am Erlengraben sind diese in der StVO geforderten baulichen Voraussetzungen nicht gegeben. Für den Fahrverkehr ist die Fahrbahn und für die Fußgänger sind die durch Bordsteine abgesetzten Gehwege vorhanden. Da der niveaugleiche Ausbau, der in der gesamten Breite von allen Verkehrsteilnehmern gleichberechtigt genutzt werden kann, erst an dem jetzigen Standort des Verkehrszeichens 325 beginnt, ist eine Versetzung nicht möglich.

Die Straßenverkehrsbehörde kann nur die in dem Verkehrszeichenkatalog abschließend aufgeführten Verkehrszeichen anordnen. Da ein Verkehrszeichen „Schrittgeschwindigkeit" in diesem Katalog nicht aufgeführt ist, und um einen noch größeren Schilderwald zu vermeiden, ist ein zusätzlicher Hinweis nicht möglich.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 15 10/2011)
Vorlage: VO/0690/2011

Kann der Magistrat eine optische Aufwertung der beiden Luftmessstationen in der Universitäts- und Gutenbergstraße, wie etwa durch professionelle Graffitigestaltung vor einigen Jahren am Rudolphsplatz geschehen, veranlassen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Luftmessstationen sind Eigentum des Landes Hessen und werden von der HLUG betrieben. Nach telefonischer Auskunft der HLUG (Herr Dr. S. Jacobi, Tel.: 0611-6939 215) wäre eine Bemalung zustimmungsfähig, das Motiv und die Art der Gestaltung sind vorab schriftlich anzumelden und abzustimmen:

Land Hessen
Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Bemalaktionen in anderen Kommunen
In anderen Städten haben Schulen im Rahmen von Bemalungsaktionen die Luftmessstationen farbig gestaltet. Dadurch sollten die Stationen vor „wilden" Bemalungen (Graffiti) oder Beklebungen (mit Plakaten etc.) geschützt werden.

Die Einbindung von einer Schule oder Schulklasse wäre für Marburg auch denkbar.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 16 10/2011)
Vorlage: VO/0692/2011

Wie viele Gestattungskinder aus welchen Schulbezirken besuchen derzeit die Marburger Grundschulen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Fachdienst Schule erhält vom Staatlichen Schulamt die Mitteilungen über genehmigte Gestattungen.

Nach den im Fachdienst Schule mit Stand vom 12.09.2011 vorliegenden Unterlagen wurden zum Schuljahr 2011/12 für 16 Kinder Gestattungen aus neun verschiedenen Schulbezirken an Grundschulen genehmigt.

Davon besuchen acht Kinder nicht die zuständige Grundschule im Schulbezirk in Marburg sondern sieben andere Grundschulen in Marburg mit Gestattungen.

Weitere sechs Kinder aus den Schulbezirken Marburger Grundschulen besuchen vier verschiedene Grundschulen im Landkreis Marburg-Biedenkopf mit Gestattungen.

Diese Kinder besuchen die

Grundschule Fronhausen,
die Grundschule Bürgeln,
die Lindenschule Cölbe und
die Grundschule Niederweimar.

Aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf besuchen 2 Kinder mit Gestattungen Grundschulen in Marburg. Die beiden Kinder kommen von der Burgwaldschule Wetter und der Grundschule Wittelsberg.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 17 10/2011)
Vorlage: VO/0700/2011

Wie viele Schüler/innen sind derzeit für die Schulbetreuung angemeldet und wie viele stehen noch bei welchen Schulstandorten auf der Warteliste?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Mit Stand vom 15.08.2011 waren an den 15 städtischen Grundschulen und der Pestalozzischule insgesamt 943 Kinder in den Betreuungsangeboten angemeldet.
(Differenzierte Angaben dazu unter: <http://www.marburg.de/de/38698>)

Insgesamt stehen mit Stand vom 18.10.2011 13 Kinder auf der Warteliste. Darunter befindet sich ein Kind, welches im Landkreis wohnhaft ist. Kinder aus dem Landkreis werden grundsätzlich nicht aufgenommen.

Derzeit werden die 13 Kinder auf Wartelisten für die Betreuungsangebote an der Astrid-Lindgren-Schule, der Erich Kästner-Schule, der Theodor-Heuss-Schule und der Geschwister-Scholl-Schule geführt.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 18 bis Nr. 21 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 5 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2011 bis 2015 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2012
Vorlage: VO/0628/2011

Der Oberbürgermeister trägt zur Einbringung des Haushaltes die Haushaltsrede vor, untermalt durch eine Power Point Projektion.

Im Anschluss an die Rede wird die Haushaltsrede in gedruckter Form im Haus verteilt.
Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Haushalt an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Dagegen wird nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dies einstimmig.

Nach der Haushaltsberatung unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung zum Zweck einer **Pause von 18:18 Uhr bis 18:32 Uhr.**

---

zu 6 Feststellung der Eröffnungsbilanz der Universitätsstadt Marburg zum 01.01.2009
Vorlage: VO/0640/2011

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat sie zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Novembersitzung.

---

zu 7 Benennung und Wahl von Mitgliedern der Kommissionen
Vorlage: VO/0554/2011

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, für die

1. Kommission für Fremdenverkehr, Wirtschaftsförderung sowie Universitäts- und Regionalentwicklung

2. Sport- und Bäderkommission
3. Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission
4. Kulturkommission
5. Sozialhilfekommission
6. Gleichstellungskommission

je 8 Stadtverordnete zu <u>benennen</u> und je 8 sachkundige Einwohner zu <u>wählen.</u>

Es wird vorgeschlagen, für die sachkundigen Einwohner Stellvertreter/innen festzulegen. **Die in den Wahlvorschlägen genannten aber nicht gewählten Personen sollten als Nachrücker und gleichzeitig als Stellvertreter gelten.**

Gemäß § 72 der HGO in Verbindung mit § 10 der Geschäftsordnung des Magistrats bestehen die Kommissionen aus dem Oberbürgermeister, weiteren Magistratsmitgliedern, 8 Stadtverordneten und 8 sachkundigen Einwohnern.
Die Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner werden durch die Stadtverordnetenversammlung benannt bzw. gewählt.
Für die Entsendung der 8 Stadtverordneten wird in analoger Anwendung der getroffenen Entscheidung bei den Ausschüssen ebenfalls das <u>Benennungsverfahren</u> gem. § 62 Ziff. 2 HGO vorgeschlagen.

Die Wahl der sachkundigen Einwohner erfolgt schriftlich und geheim (§55 HGO) nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass sich bei jeweils 8 zu besetzenden Positionen die Sitze nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen und dem System Hare-Niemeyer wie folgt verteilen:

SPD	**3 Sitze**
B90/Die Grünen	**2 Sitze**
CDU	**2 Sitze**
Marburger Linke	**1 Sitz**

In der vergangenen Sitzung des Ältestenrates und auch im Wahlvorbereitungsausschuss haben sich die Fraktionen geeinigt, die Stadtverordneten im Wege des Benennungsverfahrens zu entsenden und die sachkundigen Einwohner im Wege von **einheitlichen, gemeinsamen Wahlvorschlägen in offener Abstimmung zu wählen.**

Hinsichtlich der Wahlvorschläge und der enthaltenen Bewerber wird der Vorsitzende des Wahlvorbereitungsausschusses im Anschluss entsprechend berichten.

Gegen das Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein
Einwand vorgetragen. Es gilt somit als vereinbart.

Die Wahlen wurden in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses entsprechend vorbereitet. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Schalauske, Fraktion Marburger Linke.
Folgende Stadtverordnete wurden von den og. Fraktionen für die Kommissionen benannt:

Kommission für Fremdenverkehr, Wirtschaftsförderung sowie Universitäts- und Regionalentwicklung

Böttcher, Bettina	SPD
Hussein, Schaker	SPD
Wölk, Marianne	SPD
Busch, Johanna	B90/Die Grünen
Sollwedel, Jan	B90/Die Grünen
Jannasch, Manfred	CDU
Schaffner, Karin	CDU
Schalauske, Jan	Marburger Linke

Sport- und Bäderkommission

Backes, Björn	SPD
Dinnebier, Kirsten	SPD
Severin, Ulrich	SPD
Neuwohner, Elke	B90/Die Grünen
Seitz, Hans-Werner	B90/Die Grünen
Kaufmann, Anita	CDU
Brunett, Hans-Joachim	CDU
Köster, Henning	Marburger Linke

Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission

Büchner, Thorsten	SPD
Dr. Musket, Ralf	SPD
Sell, Sonja	SPD
Busch, Johanna	B90/Die Grünen
Volz, Uwe	B90/Die Grünen
Schaffner, Karin	CDU
Brunett, Hans-Joachim	CDU
Bauder-Wöhr, Tanja	Marburger Linke

Kulturkommission

Daser, Dagmar	SPD
Dinnebier, Kirsten	SPD
Weidemann, Gerald	SPD
Dr. Therre-Staal, Elke	B90/Die Grünen
Schäfer, Wolfram	B90/Die Grünen

Röhrkohl, Anni	CDU
Muth, Stephan	CDU
Adsan, Halise	Marburger Linke

Sozialhilfekommission

Lotz-Halilovic, Erika	SPD
Seelig, Johanna	SPD
Severin, Ulrich	SPD
Dr. Perabo, Christa	B90/Die Grünen
Messik, Marion	B90/Die Grünen
Röhrkohl, Anni	CDU
Muth, Stephan	CDU
Bauder-Wöhr, Tanja	Marburger Linke

Gleichstellungskommission

Daser, Dagmar	SPD
Hesse, Peter	SPD
Severin, Ulrich	SPD
Seitz, Hans-Werner	B90/Die Grünen
Messik, Marion	B90/Die Grünen
Röhrkohl, Anni	CDU
Muth, Stephan	CDU
Adsan, Halise	Marburger Linke

Somit entsendet die Stadtverordnetenversammlung nach dem eingangs festgelegten Verfahren die genannten Stadtverordneten in die Kommissionen des Magistrats

Es folgt die Wahl der sachkundigen Einwohner.

Die von allen Fraktionen unterstützen Wahlvorschläge enthalten folgende Bewerber/innen:

Kommission für Fremdenverkehr, Wirtschaftsförderung sowie Universitäts- und Regionalentwicklung

SPD/Grüne
Janssen, Thomas
Biebusch, Monika
Prof. Dr. Renz, Harald

Köhler, Sabine
Prof. Dr. Strambach, Simone

Nachrücker/Stellvertreter:

Wölk, Hans-Joachim
Michels, Alexandra
Metz, Pit
Hormel, Bernd
Müller, Wolfgang
Prof. Dr. Schiller, Theo

CDU:
Bengelsdorff, Christian
Prof. Dr. Schachtner, Joachim

Marburger Linke:
Zeller, Hans-Joachim

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über jede Kommission separat durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben vorgetragenen Mitglieder werden als sachkundige Einwohner/innen in die Kommission für Fremdenverkehr, Wirtschaftsförderung sowie Universitäts- und Regionalentwicklung gewählt. Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw. Stellvertreter/innen.

<u>Sport- und Bäderkommission</u>

SPD/Grüne
Fründt, Kirsten
Wallat, Thomas
Hellkötter, Christine
Weintraut, Irmtraud
Prof. Dr. Klein, Michael

Nachrücker/Stellvertreter:

Keul, Robert
Aab, Peter
Dalkowski, Carsten
Blaschke, Alfred
Ullrich, Werner

CDU:
Dany, Hermann
Usinger, Rolf

Nachrücker/Stellvertreter:
Jugel, Walter

Marburger Linke:
Hannemann, Bernd

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben vorgetragenen Mitglieder werden als sachkundige Einwohner/innen in die Sport- und Bäderkommission gewählt.

Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw. Stellvertreter/innen.

Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission

SPD/Grüne
Hebert-Henkel, Helmut
Schöck, Petra
Rusteberg, Susann
Töllner-Gotkas, Ulrike
Hofheinz, Lutz

CDU:
Laux, Adolf
Grassmann, Helmut

Marburger Linke:
Linn, Johannes

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben vorgetragenen Mitglieder werden als sachkundige Einwohner/innen in die Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission gewählt. Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw.

Stellvertreter/innen.

<u>Kulturkommission</u>

Dr. Pätzold, Gerhard
Breu, Marion
Düllmann, Frank
Wolf, Stefanie
Dennewitz, Ekkehard

Nachrücker/Stellvertreter:
Leder, Andreas
Pohland, Maria
Hecker, Wolfgang
Kahnwald, Jutta
Kuppe, Nils

CDU:
Rising-Hintz, Gunilla
Dr. Hensel, Katrin

Marburger Linke:
Schäfer, Birgit

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben vorgetragenen Mitglieder werden als sachkundige Einwohner/innen in die Kulturkommission gewählt. Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw. Stellvertreter/innen.

<u>Sozialhilfekommission</u>

SPD/Grüne
Hebert-Henkel, Helmut
Skott, Irmgard
Günther, Peter
Rösner, Walter
Urban, Wolfgang

Nachrücker/Stellvertreter:

Büchner, Thorsten

CDU:
Gottschlich, Hannelore
Pfalz, Roger

Marburger Linke:
Böhm, Roland

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben vorgetragenen Mitglieder werden als sachkundige Einwohner/innen in die Sozialhilfekommission gewählt. Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw. Stellvertreter/innen.

Gleichstellungskommission

SPD/Grüne
Hofmann, Sabine
Dr. Beusing, Ruth
Wilhelm, Petra
Wienstroer, Gabriele Naxina
Reddemann, Renate

Nachrücker/Stellvertreter:
Dierkes, Mirjam
Vom Brocke, Karin
Weber, Kordula
Nabinger, Rose

CDU:
Fiebiger, Petra
Jugel, Renate

Nachrücker/Stellvertreter:
Bardt, Julius

Marburger Linke:
Gottschald, Eva

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben vorgetragenen Mitglieder werden als sachkundige Einwohner/innen in die Gleichstellungskommission gewählt. Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw. Stellvertreter/innen.

zu 8 Marburger Ortsrecht
hier: II. Nachtrag Benutzungsordnung der Lahnauen
Vorlage: VO/0504/2011

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Oberbürgermeister hat die Vorlage in dieser Sitzung zurückgestellt bis zur Dezembersitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt diese Ortsrechtsvorlage zurück bis zur Dezembersitzung.

zu 9 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Am Engelsberg im Stadtteil Marbach
Vorlage: VO/0567/2011

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Sie wurde dort vom Magistrat zurückgestellt bis zur Novembersitzung des Ausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Tagesordnungspunkt zurück bis zur Novembersitzung.

---

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg;
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 8/29 für den Bereich "Klinik Sonnenblick"
Vorlage: VO/0551/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke), Nezi (Bündnis 90/Die Grünen), Bürgermeister Dr. Kahle für den Magistrat und erneut die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- **Der Erweiterung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 8/29 „Klinik Sonnenblick“ um einen 2. Bereich, wie er im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichnet ist, wird zugestimmt. Er beinhaltet die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen.**
- **Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch des Bebauungsplanentwurfs Nr. 8/29 „Klinik Sonnenblick“ wird beschlossen.**

---

zu 14.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bau einer Sporthalle
Vorlage: VO/0409/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Der Antrag wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Stötzel (CDU), Backes (SPD), Köster (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Weiter sprechen der Stadtverordnete Heck (CDU), Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten und BfM sowie einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stellenfreigaben
Vorlage: VO/0488/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Stötzel (CDU), Rink (SPD), Schalauske (Marburger Linke), Dehmel (SPD), Stötzel (CDU) und Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, MBL und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Piraten und einer Stimme der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Interessenkonflikte Fronhofgelände
Vorlage: VO/0547/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Die Vorlage wurde auch im Schul- und Kulturausschuss beraten. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Köster (Marburger Linke) sowie Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken, CDU und Piraten, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 11 Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan Nr. 26/7 „Neubaugebiet Michelbach-Nord“, 2. Änderung
Vorlage: VO/0555/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 BauGB wird nach § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 26/7 „Neubaugebiet Michelbach-Nord" beschlossen.

---

zu 12 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 12.1 Antrag des KiJuPa betr. Renovierung der Schultoiletten in der Brüder-Grimm-Schule
Vorlage: VO/0559/2011

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, für die Renovierung der Schultoiletten in der Brüder-Grimm-Schule zu sorgen.

---

zu 12.2 Antrag des KiJuPa betr. Aufstellung eines Kugelautomaten an der Murmelbahn am Plan
Vorlage: VO/0560/2011

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Im Schul- und Kulturausschuss wurde der Antragstext durch einen Änderungsantrag auf folgende Fassung geändert:

Der Magistrat wird beauftragt, die Aufstellung eines Kugelautomaten an der Murmelbahn am Plan zu prüfen.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch im Bau- und Planungsausschuss wurde der Antrag in einen Prüfantrag umgewandelt. Insofern schließt sich der Bau- und Planungsausschuss dem Votum des Schul- und Kulturausschusses an und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung als Prüfantrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Aufstellung eines Kugelautomaten an der Murmelbahn am Plan zu prüfen.

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es wurde kein Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

---

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. Anpassung der Entschädigungen und der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: VO/0618/2009

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet wurde der Antrag vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen. Der Ältestenrat hat die Vorlage zurückgestellt bis Anfang nächsten Jahres.
Der Stadtverordnetenvorsteher hat eine gutachterliche Stellungnahme des Hessischen Städtetages angefordert. Wenn diese vorliegt wird der Antrag erneut in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stelle eines Sozialplaners
Vorlage: VO/0297/2011

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Magistrat hat im Ausschuss die Vorlage zurückgezogen.

Auch der Sozialausschuss hat sich mit dieser Angelegenheit befasst. Auch dort wurde der Antrag für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.3 Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion betr. Projekt "Sozialer Klimaschutz" Richtsberg
Vorlage: VO/0307/2011

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung an den **Sozialausschuss** zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage insofern zurück.

zu 14.4 Antrag der MBL-Fraktion betr. Prüfung des Verhaltens des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg im Zusammenhang mit der Veruntreuung in der Beihilfestelle durch den Regierungspräsidenten
Vorlage: VO/0317/2011

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Er wurde dort von der antragstellenden Faktion für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Germanenplatz-Bebauung
Vorlage: VO/0548/2011

Die Vorlage wurde eingangs der Sitzung zurückgestellt.
Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gefahrenabwehr Freitreppe Vorraum Elisabethkirche
Vorlage: VO/0549/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass durch entsprechende bauliche Veränderungen die erhebliche Sturzgefahr bei Nässe und Glätte durch die Metallschienen an der Schwelle sowie auf den Stufen der Freitreppe zur Elisabethkirche beseitigt wird und damit der Verkehrssicherheitspflicht Genüge getan wird.

---

zu 14.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Schnelle Internetverbindung in den Stadtteilen durch Glasfasernetze
Vorlage: VO/0576/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept zur Optimierung der Internetverbindungen in den Stadtteilen vorzulegen. Das Konzept soll auch darlegen, in welchem zeitlichen Rahmen die Optimierung erfolgen kann, welche baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen und welche Kosten auf die Stadt Marburg bzw. die Stadtwerke zukommen und welche Kosten von den Nutzer/innen zu tragen sind.

---

zu 14.11 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD betr. Antrag betr. Finanzierung ökologischer Investitionen in der Region durch die Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/0577/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Im Haupt- und

Finanzausschuss wurde der erste Absatz des Antragstenors um den Begriff **"sozialen"** ergänzt und wie folgt formuliert:

Der Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wird gebeten, darzulegen, inwieweit die Geschäftspolitik der Sparkasse Marburg-Biedenkopf an ethischen, sozialen und ökologischen Maßstäben orientiert ist.

Der zweite Absatz bleibt unverändert.

Diese Antragsfassung wurde im Ausschuss von den antragstellenden Fraktionen übernommen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich dem geänderten Antrag zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke, MBL, FDP und Piraten sowie bei Enthaltung von CDU und BfM folgenden Beschluss:

Der Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wird gebeten, darzulegen, inwieweit die Geschäftspolitik der Sparkasse Marburg-Biedenkopf an ethischen, sozialen und ökologischen Maßstäben orientiert ist.

Der Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wird aufgefordert, Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die Investitionen in die ökologische Entwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region mit regionalem Kapital fördern. Durch Beteiligungen, Spenden, zinsgünstige Kreditvergaben u.ä. soll die Sparkasse so in Zukunft stärker als bisher finanzielle Anreize für privatwirtschaftliches Handeln setzen, in die ökologische Nachhaltigkeit der Region zu investieren. Insbesondere sollen Beteiligungsmodelle für Investitionen in den regionalen Ausbau Erneuerbarer Energien, wie z.B. Sparbriefe u.ä., entwickelt werden, die es den BürgerInnen ermöglichen, sich individuell und niedrigschwellig finanziell an ökologisch nachhaltigen Investitionen in der Region zu beteiligen.

---

zu 14.12 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Ringschleifenanlage für Hörgeschädigte und Gehörlose Vorlage: VO/0598/2011

Die Vorlage wurde im Sozialausschuss beraten und an den Behindertenbeirat mit der Bitte um Stellungnahme überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Behindertenbeirat mit der Bitte um Stellungnahme. Anschließend erfolgt erneut die Beratung im Sozialausschuss.

---

zu 14.13 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Entwicklung des Windkraftstandortes Marburg-Wehrda Vorlage: VO/0618/2011

Der Antrag wurde eingangs der Sitzung an den Ortbeirat Wehrda mit der Bitte um Beratung überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Ortsbeirat Wehrda. Anschließend wird der Antrag erneut im Umweltausschuss beraten.

---

zu 14.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Germanenplatz-Bebauung Vorlage: VO/0619/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) fordert den Magistrat auf dafür zu sorgen, dass im Zuge der Grundstücksvergabe des ehem. Germanenplatzes, die Möglichkeit eingeräumt wird in einem geplanten Neubau im Bereich der Weintrautstraße die Einrichtung einer Wohn-, Pflegeeinrichtung für ältere Menschen zu realisieren.

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Als Protokollnotiz wurde im Bau- und Planungsausschuss festgehalten, dass die vorgeschlagene Konzeption sowohl im Sozialausschuss als auch im Senioren- und Behindertenbeirat vorgestellt worden sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) fordert den Magistrat auf dafür zu sorgen,

dass im Zuge der Grundstücksvergabe des ehem. Germanenplatzes, die Möglichkeit eingeräumt wird in einem geplanten Neubau im Bereich der Weintrautstraße die Einrichtung einer Wohn-, Pflegeeinrichtung für ältere Menschen zu realisieren.

---

zu 14.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Landkreis und der Stadt Marburg - nicht schlechter stellen – Vorlage: VO/0629/2011

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD).
Im Sozialausschuss ist die BfM Fraktion dem CDU-Antrag beigetreten. Der Antrag wurde ausführlich diskutiert. Es wurde vorgeschlagen, den Antragstenor unter der Ziff. 4 das Wort **"vorgesehenen"** zu streichen, weil das Landesgesetz bereits beschlossen worden ist.

In dieser geänderten Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die veränderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg dankt den Einrichtungen, die Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen, für ihren Einsatz in diesem schwierigen Aufgabenfeld. Sie bekennt sich ausdrücklich zur Trägerpluralität im Landkreis und der Stadt Marburg.**
2. **Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass 2010 erstmals wieder seit 2004 eine angemessene und dem höchstrichterlichen Urteil entsprechende Erstattung von 80% der Personalkosten durch das Land aufgrund der überfälligen Anpassung der Personalkostentabelle ermöglicht wurde.**
3. **Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Landesregierung vermittels einer Novelle des Schwangerschaftskonfliktgesetzes versucht, die Kostenerstattung auf weniger als den Wert von 2004 zu senken und damit um 23% gegenüber der eigenen Berechnung zu kürzen.**
4. **Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich für eine Rücknahme der Kürzungen einzusetzen.**

5. **Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, mit den Trägern der Schwangerschaftskonfliktberatung ein tragfähiges Konzept zur Finanzierung ihrer wichtigen Arbeit zu entwickeln.**

zu 14.16 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mindestlohn bei der Stadt und den städtischen Tochtergesellschaften
Vorlage: VO/0630/2011

Der Antrag wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion Marburger Linke vertagt bis zur Novembersitzung.

---

zu 14.17 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aktivitäten gegen die Todesstrafe
Vorlage: VO/0632/2011

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD).

Der Antrag ist im Sozialausschuss ausführlich diskutiert und verändert worden. Der Beschlusstext hat folgende Fassung erhalten:

Der Magistrat wird beauftragt, den Beitritt der Stadt Marburg zum Städtebündnis gegen die Todesstrafe im Herbst 2010 nun - über die grüne Rathausanstrahlung am 30. November hinaus - mit Leben zu füllen, indem alljährlich die Bürgerinnen und Bürger durch geeignete Veranstaltungen sowie über die Presse und die Internetseite der Stadt über das Problem der Todesstrafe und den Sinn dieser von Sant Egidio initiierten Beleuchtungsaktion informiert werden.

Die Ziffern 2 und 3 des Antragstenors sind entfallen. In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, den Beitritt der Stadt Marburg zum Städtebündnis gegen die Todesstrafe im Herbst 2010 nun - über die grüne Rathausanstrahlung am 30. November hinaus - mit Leben zu füllen, indem alljährlich die Bürgerinnen und Bürger durch geeignete Veranstaltungen sowie über die Presse und die Internetseite der Stadt über das Problem der Todesstrafe und den Sinn dieser von Sant Egidio initiierten Beleuchtungsaktion informiert werden.

Anmerkung: Die CDU Fraktion hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

---

zu 14.18 Antrag der FDP-Fraktion betr. Kreisumlage
Vorlage: VO/0637/2011

Die Vorlage wird auch Wunsch der antragstellenden FDP-Fraktion vertagt bis zur Novembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 14.19 Antrag der FDP-Fraktion betr. Transparenz über Aufwandsentschädigungen
Vorlage: VO/0642/2011

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet wurde der Antrag vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen. Der Ältestenrat hat die Vorlage zurückgestellt bis Anfang nächsten Jahres. Der Stadtverordnetenvorsteher hat eine gutachterliche Stellungnahme des Hessischen Städtetages angefordert. Wenn diese vorliegt wird der Antrag erneut in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 15 Kenntnisnahmen

---

zu 15.1 Elektromobilität
Vorlage: VO/0427/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.2 Benennung des Lomonossow-Kellers
Vorlage: VO/0621/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.3 Genehmigung des Nachtragshaushaltes 2011
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/0634/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.4 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der

Budgets zum 30.09.2011
Vorlage: VO/0644/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **21 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsantrag
Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 18 bis 21

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 04.11.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Karin Schaffner
Rentmeisterstraße 30

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.10.2011
hier: Frage Nr. 18

Wie hoch ist der Bedarf an Kindergartenplätzen sowie auch an Ganztagsplätzen im Stadtteil Cappel für die Jahre 2012 und 2013? Reicht das vorhandene Angebot aus?

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die drei KiTas im Stadtteil Cappel (KiTa Am Teich, KiTa Goldberg, Ev. KiTa Zur Aue) bieten 148 reguläre Plätze für Kinder zwischen 3 Jahren bis Schuleintritt sowie einige Notplätze an. Zum Einzugsgebiet dieser KiTas gehören neben Cappel die Stadtteile Borts- und Ronhausen.

Der Bedarf an KiTa-Plätzen in Cappel ergibt sich nicht nur aus der Zahl der Kinder im Kindergartenalter, die aktuell und in den Jahren 2012/13 in diesen drei Stadtteilen leben, sondern vor allem auch aus dem Anmeldeverhalten der Eltern sowie der Inanspruchnahme von KiTas mit besonderen pädagogischen Konzepten – wie z.B. Waldorf- oder Wald-Kindergarten, Eltern-Kind-Verein –, deren Angebot nicht stadtteilbezogen ist und Kindern aus dem gesamten Stadtgebiet offen steht. Inzwischen machen diese stadtteilübergreifenden 290 KiTa-Plätze rd. 15% aller Plätze in Marburg aus.

Nach aktuellen Bevölkerungszahlen werden voraussichtlich am 1.01.2013 ca. 193 Kinder, am 1.01.2014 ca. 194 Kinder im Kindergartenalter in den drei Stadtteilen des KiTa-Einzugsbereichs Cappel leben, davon 183 bzw. 181 direkt in Cappel. Diese Kinderzahl ist seit vielen Jahren relativ konstant, Cappel weist also seit langem rechnerisch eine Lücke zwischen Kinder- und Platzzahl auf.

Allerdings fragen natürlich auch Cappeler Eltern gezielt Plätze in den genannten KiTas mit besonderen Angeboten nach, so dass nicht alle Kinder in Cappel für eine Cappeler KiTa angemeldet werden.

So können in diesem Kindergartenjahr bis Februar 2012 noch angemeldete Kinder in Cappeler KiTas aufgenommen werden. Nach den bislang vorliegenden Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2012/13 können voraussichtlich alle Kinder in der Ev. KiTa Zur Aue aufgenommen, die KiTa Goldbergstr. hat 2012/13 noch 5 freie Plätze - allesamt Ganztagsplätze -, demgegenüber fehlen in der KiTa Am Teich 12 Plätze (d.h. es gibt dort 26 Anmeldungen, aber voraussichtlich nur 14 freiwerdende

Plätze). Absehbar ist bislang aufgrund der Anmeldungen also in der Summe ein Fehlbedarf von insgesamt 7 Plätzen.

Zu den Ganztagsplätzen: In den Anmeldungen für das folgende Kindergartenjahr zeichnet sich zwar ein leichtes Ungleichgewicht zwischen den Einrichtungen, aber kein gravierender Mangel an Ganztagsplätzen ab. Allerdings hat Cappel mit rd. 26% Ganztagsplätzen einen vergleichsweise niedrigen Anteil.

Langfristig wird daher sicherlich auch in Cappel eine weitere Ausweitung von Ganztagsplätzen erforderlich sein.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 04.11.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Karin Schaffner

Rentmeisterstraße 30

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.10.2011
hier: Frage Nr. 19

In welchem Stadium befinden sich die Planungen zum Ausbau des Kindergartens „Am Teich“, welche Flächen werden dafür zusätzlich benötigt und um wie viel Plätze wird die Kita damit erweitert?

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Für den Kindergarten Am Teich ist kein weiterer Ausbau vorgesehen.

Bei den derzeitigen Planungen handelt es sich um die Sanierung des Gebäudes, welche die Erneuerung der Gruppenraumfenster und die Trockenlegung der Kellerräume beinhaltet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 04.11.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Halise Adsan
Alter Kirchhainer Weg 6

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.10.2011
hier: Frage Nr. 20

Laut Presseberichten (OP vom 30.09.) fand an der Bushaltestelle am Schlossbergcenter ein Übergriff von Neofaschisten auf einen Jugendlichen statt. Auch berichten Bürger häufiger von Neonazis in Marburgs Mitte. Was kann der Magistrat über diese Vorfälle berichten und was gedenkt er dagegen zu tun?

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Nach Mitteilung der Marburger Polizei wurde keiner dieser Vorfälle dort angezeigt, so dass konkrete Maßnahmen weder von der Polizei noch von dem Magistrat möglich sind.
Die Anzahl der bei der Marburger Polizei registrierten rechtsextremistisch motivierten Vorfälle ist sehr gering. Rechtspolitisch motivierte Gewalttaten sind in den letzten zwei Jahren in Marburg nicht bekannt geworden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 04.11.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten

Jan Schalauske
Neustadt 27

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 28.10.2011
hier: Frage Nr. 21

Vor mehr als 100 Jahren ermordeten die Deutschen in Namibia Zehntausende Hereros und andere Ureinwohner. Für rassistische Forschungen nahmen sie Schädel der Opfer mit nach Deutschland. 20 davon wurden Ende September/Anfang Oktober nach Namibia zurückgebracht. Laut Pressemitteilungen stammen die Schädel aus dem gesamten Bundesgebiet. Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, ob auch in Marburg Überreste der Ermordeten gelagert wurden oder noch lagern?

Sehr geehrter Herr Schalauske,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Auf Nachfrage beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde erklärt, dass die Ende September nach Namibia zurückgeführten Schädel ausschließlich aus der Sammlung der Berliner Charité stammten. Darüber hinaus verfüge nach den Erkenntnissen der Bundesregierung lediglich die Universität Freiburg über weitere Bestände an menschlichen Überresten aus Namibia. Zu 100% ausschließen könne man die Existenz weiterer Schädel an anderen Sammlungen nicht, zumal kein zentrales Verzeichnis der damals nach Deutschland verbrachten menschlichen Überreste existiert.

Allerdings habe das Auswärtige Amt gemeinsam mit der Charité eine Anfrage nach dem Vorhandensein weiterer, noch nicht als solcher identifizierter namibischer Schädel, bei allen deutschen anatomischen Instituten (z.B. an Universitäten und Museen) koordiniert. Eingehende Rückläufe hätten – über die schon bekannten Aufbewahrungsstätten in der Charité und der Universität Freiburg hinausgehend – bisher keine Hinweise auf weitere Schädel namibischer Provenienz in deutschen Sammlungen ergeben.

Auf Nachfrage bei der Emil-von-Behring-Bibliothek/Arbeitsstelle für Geschichte der Medizin der Philipps-Universität Marburg erklärte deren Leiterin Dr. Kornelia Grundmann, dass sie über die Rückgabe der Herero-Schädel durch einen Berliner Kollegen informiert sei.

Im Marburger Museum Anatomicum gebe es eine Schädelsammlung mit etwa 40 Schädeln aus verschiedenen Erdteilen, darunter auch einige Afrikaner. Leider sei nicht genau bekannt, wann diese Schädel in die Sammlung des Museum

Anatomicum gelangt sind, da es darüber keine Aufzeichnungen gibt. In allen vorhandenen relevanten Akten aus dem 19. und 20. Jahrhundert gebe es nur den Hinweis, dass sog. "Racenschädel" Mitte des 19. Jahrhunderts bereits vorhanden waren. In einem neueren Schädelkatalog ist von "Bantu-Negern aus Südafrika" die Rede. Es sei – so Dr. Grundmann – also ziemlich sicher, dass es in Marburg keine Schädel aus dem Unrechtskontext der Ermordung der Herero in Namibia gebe.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die vorgesehene Gewinnausschüttung in Höhe von 250.000,00 € an die Mitarbeiter der Stadtwerke Marburg soll an alle städtischen Mitarbeiter einschließlich der Mitarbeiter in den Konzernen ausgezahlt werden.

Begründung

Am 21.10.2011 war in der Oberhessischen Presse zu lesen, dass die Stadt Marburg als Gesellschafter der Stadtwerke Marburg auf einen Teil ihrer Gewinnausschüttung verzichtet und diesen Betrag an alle Mitarbeiter der Stadtwerke Marburg –nun schon zum zweiten Mal- auszahlen will.

Im Rahmen einer Gleichbehandlung beantragen wir, diesen Betrag an alle Mitarbeiter der Stadt Marburg einschließlich aller Mitarbeiter der Konzerne auszuzahlen.

Es darf keine Mitarbeiter der 1.Klasse und 2. Klasse geben !!

Dr. Hermann Uchtmann **Reinhold Becker**